

Tanja Penter

„Oktober“ in Odessa. Die Bedeutung des „lokalen Faktors“ in der Revolution von 1917

Einleitung

Die westliche Historiographie zum Revolutionsjahr 1917 war lange Zeit, ebenso wie die gesamte Rußland-Historiographie von einer zentralistischen Tradition geprägt und hat ihren Blick nahezu ausschließlich auf die Hauptstädte St. Petersburg und Moskau gerichtet. Dahinter stand häufig die stillschweigende Annahme, daß sich 1917 überall im zentralistisch organisierten Russischen Reich die gleiche Revolution ereignete. In gewissem Sinne folgten die westlichen Historiker damit den Vorgaben der Sowjethistoriographie, die versucht hat, ein gleichförmiges Bild von den revolutionären Prozessen in ganz Rußland zu zeichnen und die lokalen und regionalen Revolutionsgeschichten in einen engen ideologischen Deutungsrahmen zu pressen, der keinerlei Platz für die Untersuchung von nationalen oder regionalen Sonderentwicklungen ließ.

Erst der Zusammenbruch des Sowjetimperiums und das Auftauchen einer Reihe neuer Staaten auf dem Territorium der früheren Sowjetunion sowie interethnische Konflikte im Innern der Russischen Föderation führten in den letzten Jahren zu einem allgemeinen Perspektivenwechsel, der auch die westliche Geschichtswissenschaft erfaßte: Nun begannen die Historiker auch den nicht-russischen Völkern sowie unterschiedlichen, historisch gewachsenen Regionen größere Aufmerksamkeit zu schenken.¹ Im Zusam-

¹ Vgl. z. B.: Kappeler, A.: *Rußland als Vielvölkerreich. Entstehung - Geschichte - Zerfall*. München 1992; Mark, R. A.: *Die Völker der Sowjetunion. Ein Lexikon*. Opladen 1989; Simon, G.: *Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion. Von der totalitären Diktatur zur nachstalinischen Gesellschaft*. Baden-Baden 1986; Götz, R./ Hal-

menhang mit dieser Neuorientierung innerhalb der Geschichtswissenschaft verdient auch das Jahr 1917, das nicht nur den Anfang für die siebzigjährige Epoche der Sowjetmacht setzte, sondern zudem einige frappierende Parallelen zu den heutigen Entwicklungen aufweist, das besondere Interesse der Historiker. Bisher sind die Möglichkeiten, die sich durch die Öffnung der Archive bieten, die Revolution von 1917 aus dem Blickwinkel der Provinz und unter neuen Fragestellungen zu bearbeiten, von westlichen Historikern jedoch kaum genutzt worden. Dabei haben die wenigen Regional- und Lokalstudien, die insbesondere seit den siebziger Jahren im Westen zu den Ereignissen des Jahres 1917 in anderen Teilen Rußlands entstanden sind, gezeigt, wie wichtig der Blick auf die Peripherie ist.²

Auch die Ukraine wurde in Mittel- und Westeuropa vielfach erst nach ihrer Unabhängigkeitserklärung als Gegenstand historischer Forschung neu-entdeckt.³ Anders sah es dagegen in Nordamerika aus, wo Historiker der

bach U.: *Politisches Lexikon Russland*. München 1994; Kappeler, A. (Hg.): *Regionalismus und Nationalismus in Russland*. Baden-Baden 1996.

² Vgl. insbesondere die Arbeiten von Pipes, R.: *The Formation of the Soviet Union. Communism and Nationalism 1917-1923*, 2. ed. Cambridge, Massachusetts 1964; Raleigh, D. J.: *Revolution on the Volga. 1917 in Saratov*. Ithaca, London 1986; Figes, O.: *Peasant Russia, Civil War. The Volga Countryside in Revolution (1917-1921)*. Oxford 1989; Suny, R.G.: *The Baku Commune 1917-1918. Class and Nationality in the Russian Revolution*. Princeton 1972; Friedgut, T. H.: *Iuzovka and Revolution*, Bd. 1: *Life and Work in Russia's Donbass 1869-1924*, Bd. 2: *Politics and Revolution in Russia's Donbass 1869-1924*. Princeton 1989/1994; Snow, R.E.: *The Bolsheviks in Siberia, 1917-1918*. London 1977; Getzler, I.: *Kronstadt 1917-1921. The Fate of a Soviet Democracy*. Cambridge, New York, Melbourne, Sydney 1983 sowie die Aufsätze von Mandel, D.: *October in the Ivanovo-Kineshma Industrial Region*, in: Frankel, E.R. / Frankel, J. / Knei-Paz, B. (ed.): *Revolution in Russia: Reassessments of 1917*. Cambridge 1992, S. 157-187, Raleigh, D.J.: *Revolutionary Politics in Provincial Russia: The Tsaritsyn „Republic“ in 1917*, in: *Slavic Review* 2 (1981), S. 194-209 und Wade, R. A.: *The Revolution in the Provinces: Khar'kov and the Varieties of Response to the October Revolution*, in: *Revolutionary Russia* 1 (1991), S. 132-142. Einen guten Überblick über die Masse der englischsprachigen Literatur, die insgesamt zur Revolution von 1917 erschienen ist, bietet die Bibliographie von Frame, M.: *The Russian Revolution 1905-1921: A Bibliographic Guide to Works in English*. Westport 1995.

³ Einer der wenigen westeuropäischen Historiker, der sich ausgiebig mit der Ukraine in der Revolution und im Bürgerkrieg beschäftigt hat, ist R. A. Mark. Vgl. Ders.: *Die gescheiterten Staatsversuche*, in: Golczewski, F. (Hg.): *Geschichte der Ukraine*. Göttingen 1993, S. 172-201 sowie Ders., Symon Petljura und die UNR. Vom Sturz des Hetmans Skoropads'kyj bis zum Exil in Polen, in: *Forschungen zur Osteuropäischen Geschichte* 40 (1988), S. 7-228. Die einzige deutschsprachige Gesamtdarstellung zur ukrainischen

ukrainischen Emigration bedeutende Forschungszentren aufbauten und bereits viel früher zahlreiche Arbeiten zur ukrainischen Historiographie, darunter auch zur Revolution in der Ukraine, vorlegten.⁴ Die ukrainischen Historiker in der nordamerikanischen Diaspora verstanden die Ereignisse des Revolutionsjahres 1917 in der Ukraine zumeist primär als spezifische Ukrainische Revolution, die hauptsächlich auf die Erzielung der nationalen Unabhängigkeit ausgerichtet war. Im Zentrum ihrer Arbeiten steht daher die Beschäftigung mit der politischen Geschichte der nationalen Institutionen und der Staatsgründung, ohne die Gesellschaft „von unten“ näher zu untersuchen. Während sich die meisten Arbeiten auf die Ereignisse in der ukrainischen Hauptstadt Kiev konzentrierten, mangelt es bisher an Regional- und Lokalstudien. Häufig beinhaltete diese nationale Sichtweise auch, daß ein Territorium nur solange Gegenstand der Untersuchung war, wie es unter der Herrschaft einer nationalen ukrainischen Regierung stand. Sobald es von anderen Kräften erobert wurde, fiel es auch als Untersuchungsgegenstand heraus.⁵ Die Stadt Odessa beispielsweise wäre für einen solchen Ansatz aus zwei Gründen als Untersuchungsgegenstand nicht von Interesse: Zum einen bestand die Stadtbevölkerung zum überwiegenden Teil aus Nicht-Ukrainern, zum anderen war es 1917 noch Gegenstand der Diskussion, ob Odessa und das Gouvernement Cherson überhaupt zur Ukraine gehörten.

Eine ganz andere Sichtweise der Ereignisse vertrat dagegen die Sowjethistoriographie, die die Revolution in der Ukraine ausschließlich als

Geschichte legte A. Kappeler vor. Vgl. Ders., *Kleine Geschichte der Ukraine*. München 1994.

⁴ Dazu zählen das Ukrainian Research Institute an der Harvard-Universität und das Canadian Institute of Ukrainian Studies in Edmonton.

⁵ Zu den Standardwerken dieser nationalen Sichtweise gehören die Arbeiten von Reshetar J. S.: *The Ukrainian Revolution, 1917-1920: A Study in Nationalism*. Princeton, New York 1952, Pidhainy, O. S.: *The Formation of the Ukrainian Republic*. Toronto 1966 und Borys, J.: *The Sovietization of Ukraine 1917-1923. The Communist Doctrine and Practice of National Self-Determination*. Edmonton 1980, sowie der Sammelband von Hunczak, T. (ed.): *The Ukraine, 1917-1921: A Study in Revolution*. Cambridge, Massachusetts 1977). Für weitere Literaturhinweise vgl. den Quellen und Literaturbericht von Mark, R. A.: Die Ukrainische Revolution 1917-1921. Ein Quellen- und Literaturbericht, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 3 (1986), S. 403-419, hier S. 409-415.

Kampf sozialer Klassen und damit als Teil der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ Gesamtrußlands verstand.⁶

Daneben gibt es einige weitere Arbeiten westlicher Historiker, die sich mit anderen Teilaspekten der Ukrainischen Revolution beschäftigten, wie beispielsweise mit der Ukrainepolitik der Mittelmächte und der Entente,⁷ oder mit den ukrainisch-polnischen und den ukrainisch-jüdischen Beziehungen.⁸ Neuere westliche Studien der neunziger Jahre, insbesondere von Andreas Kappeler und Ronald Grigor Suny, haben der bisherigen polarisierenden Sichtweise eine integrierende entgegengestellt, indem sie die enge

⁶ Zu den bedeutenderen sowjetischen Arbeiten zählen: Licholat, A.V.: *Razgrom nacionalističeskoj kontrrevoljucii na Ukraine (1917-1922 gg)*. Moskva 1954; Rubač, M.A.: *Očerki po istorii revoljucionnogo preobrazovanija agrarnych otnošenij na Ukraine v period provedenija Oktjabr'skoj revoljucii*. Kiev 1957; Suprunenko, N.I.: *Ukrains'ka RSR v period hromadjans'koj vijnj 1917-1920rr.*, 3 Bde. Kiev 1967-1970; *Velikaja Oktjabr'skaja socialističeskaja revoljucija i pobeda sovetскоj vlasti na Ukraine: Chronika važnejšich istoriko-partijnych i revoljucionnych sobytij*, 2 Bde. Kiev 1977-1982. Für weitere Literaturhinweise vgl. Mark 1986, S. 415-418 und Himka, J.-P.: *The National and the Social in the Ukrainian Revolution of 1917-20*. *The Historiographical Agenda*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 34 (1994), S. 95-110, hier S. 99-102. Zur Entwicklung der sowjetukrainischen Historiographie vgl. zudem Lüdemann, E.: Zur „Lösung der Nationalen Frage“ in der sowjetukrainischen Geschichtsschreibung nach 1956, in: *Forschungen zur osteuropäischen Geschichte* 40 (1988), S. 229-395.

⁷ Vgl. beispielsweise Fedyshyn, O.: *Germany's Drive to the East and the Ukrainian Revolution 1917/18*. New Brunswick, New York 1971, Fischer, F.: *Deutsche Kriegsziele, Revolutionierung und Separatfrieden im Osten 1914-1918*, in: Ders., *Der Erste Weltkrieg und das deutsche Geschichtsbild. Beiträge zur Bewältigung eines historischen Tabus. Aufsätze und Vorträge aus drei Jahrzehnten*. Düsseldorf 1977, S. 151ff, Epstein, F. T.: *The Ukrainian Question in 1917-1918* in: *Russian Review* 31 (1972), S. 286-293 sowie Saunders, D.: *Britain and the Ukrainian Question (1912-1920)*, in: *English Historical Review* 103 (1988), S. 40-68; Bihl, W.: *Österreich-Ungarn und die Friedensschlüsse von Brest-Litovsk*. Wien 1970; Borowsky, P.: *Deutsche Ukrainepolitik 1918 unter besonderer Berücksichtigung der Wirtschaftsfragen*. Lübeck 1970 und Stachiv, M. / Sterecheo, P. G. / Chirovskij, N. L. / Yuzyk, P. / Stachiv, J. L. *Ukraine and the European Turmoil, 1917-1919*, 2 Bde. New York 1973.

⁸ Vgl. zu den ukrainisch-jüdischen Beziehungen Abramson, H. M.: *Jewish Representation in the Independent Ukrainian Governments of 1917-1920*, in: *Slavic Review* 3 (1991), S. 542-549, Ders., *A prayer for the governments. Jews and Ukrainians in revolutionary times*. Cambridge 1999 sowie den Sammelband von P. J. Potichnyj und H. Aster: *Ukrainian-Jewish Relations in Historical Perspective*. Edmonton 1988 (insbesondere die Beiträge von Y. Boshyk, M. Minc und J. Frankel). Für weitere Literaturhinweise vgl. Abramson, H.: *Historiography on the Jews and the Ukrainian Revolution*, in: *Journal of Ukrainian Studies* 2 (1990), S. 33-45. Zu den polnisch-ukrainischen Beziehungen vgl. Pidhainy, O.S.: *The Ukrainian-Polish Problem in the Dissolution of the Russian Empire 1914-1917*. Toronto, New York 1962.

Verflechtung sozialer und nationaler Faktoren in der Revolution von 1917 betonten.⁹

Im heutigen ukrainischen Staat hat die Beschäftigung mit der Geschichte des Revolutionsjahres 1917 und der Zeit des Bürgerkriegs eine neue zentrale Bedeutung gewonnen, denn sie ist mit der für die Ukrainer traumatischen Erfahrung einer gescheiterten Staatsgründung verbunden. Zugleich haben die politischen Veränderungen in der Ukraine auch zu einem fundamentalen Richtungswechsel in der Geschichtswissenschaft geführt, der insbesondere bei der Beschäftigung mit dem Revolutionsjahr deutlich wurde. Um die „weißen Flecken“, die die Sowjethistoriographie hinterlassen hatte, zu füllen, wurden die ehemals verbotenen Erinnerungen und Arbeiten der führenden Aktivisten der ukrainischen Nationalbewegung wieder neu aufgelegt und einige Quelleneditionen zur Zentralrada herausgegeben.¹⁰ Es entstanden zahlreiche neue Arbeiten, die sich jedoch, vor allem in den ersten Jahren nach der ukrainischen Unabhängigkeit, häufig durch eine einfache Umorientierung vom sowjetischen zum nationalen Paradigma auszeichneten. So schrieben manche Historiker plötzlich das exakte Gegenteil von dem, was sie zu Sowjetzeiten vertreten hatten.¹¹ Der ukrainische Exilhistoriker Orest Subtelny konstatierte 1993 zur Situation der Geschichtswissenschaft in der Ukraine: „Heute ist es fast ebenso schwierig, die Vermischung von Politik und Geschichte zu vermeiden, wie während der sowjetischen Periode – wenn sich der gegenwärtige Druck auch aus anderen Quellen speist als

⁹ Vgl. Kappeler: *Vielvölkerreich*. 1992, S. 288-299, Ders. 1994 sowie Suny, R. G.: *The Revenge of the Past. Nationalism, Revolution and the Collapse of the Soviet Union*. Stanford, California 1993. Wichtige Anregungen liefern zudem die beiden Aufsätze von Guthier, S. L.: *The Popular Base of Ukrainian Nationalism in 1917*, in *Slavic Review* 1 (1979), S. 30-47 sowie Ders., *Ukrainian Cities during the Revolution and the Interwar Era*, in: Rudnytsky, Ivan L. (ed.): *Rethinking Ukrainian History*. Edmonton 1981, S. 156-179.

¹⁰ Besonders erwähnenswert ist insbesondere eine 1996/97 erschienene, umfassende Quellensammlung zu den Dokumenten der Zentralrada. Vgl. *Ukrains'ka Central'na Rada. Dokumenty i materialy u dvoch tomach*, 2 Bde., Kiev 1996/97.

¹¹ J.-P. Himka hat an einigen Beispielen auf diese „Wandlung“ der Historiker hingewiesen. Vgl. Himka 1994, S. 107-110.

früher und die Historiker daher zu ganz anderen Schlußfolgerungen zwingt.“¹²

Zumeist basierten die Studien ukrainischer Historiker anfangs nicht auf neuem Archivmaterial, sondern auf den Erinnerungen führender Aktivisten der ukrainischen Nationalbewegung von 1917 und konzentrierten sich zudem auf die politische Geschichte der Institutionen und auf Kiev. Sie entsprachen damit dem Forschungsstand der nordamerikanischen ukrainischen Diaspora aus den siebziger Jahren. In den letzten Jahren erschienen jedoch einige Studien, die neues Archivmaterial auswerten und versuchen, die ukrainischen Regionen in die Untersuchung einzubeziehen.¹³ In Odessa selbst ist bisher keine neuere Monographie zur Geschichte der Stadt im Revolutionsjahr entstanden, was nicht zuletzt auch daran liegt, daß das Thema „1917“, nachdem es jahrzehntelang eine ideologische Pflichtübung war, heute nur noch Negativassoziationen hervorruft. Dabei weisen die heutigen Probleme der Stadtbevölkerung Odessas in dem jungen ukrainischen Staat in einigen Bereichen frappierende Parallelen zum Revolutionsjahr 1917 auf.

Odessa 1917

Das Beispiel der Stadt Odessa verdeutlicht das komplexe Ineinandergreifen sozialer, nationaler und lokaler Faktoren im Revolutionsjahr 1917. Odessa war 1917 die viertgrößte Stadt des Russischen Reichs nach Petrograd, Moskau und Warschau und die größte Stadt der Ukrainischen Volksrepublik, die im November 1917 von der ukrainischen Regierung in Kiev proklamiert wurde. Nach der Oktoberrevolution in Petrograd geriet Odessa ins Spannungsfeld des ukrainisch-russischen Konfliktes zwischen der Petrograder

¹² Subtelny, O.: Die gegenwärtige Situation der ukrainischen Historiographie: Ein Überblick, in: Hausmann, G. / Kappeler, A. (Hg.): *Ukraine: Gegenwart und Geschichte eines neuen Staates*. Baden-Baden 1993, S. 350-369, hier S. 351.

¹³ Vgl. dazu die zahlreichen Beiträge in der Zeitschrift *Ukrains'kyj Istoryčnyj Žurnal* in den Jahren 1991-1999. Für eine genauere Betrachtung der in der Ukraine erschienenen Arbeiten vgl. Penter, Tanja: *Odessa 1917. Die Revolution aus der Perspektive der Peripherie*. Köln 1999 (unveröffentlichte Dissertation), S. 5-8.

Sowjetregierung und der Zentralrada, der nationalen ukrainischen Regierung in Kiev, die einen territorialen Anspruch auf Odessa und das Gouvernement Cherson erhob. Es entwickelte sich eine komplexe Wechselbeziehung zwischen den Vorgängen in Petrograd, Kiev und Odessa, wobei für den Verlauf der Ereignisse in Odessa zudem die Nähe zur Rumänischen Front und der Einfluß verschiedener militärischer Organisationen von Bedeutung waren. Die folgende Beschreibung des Organs der Odessaer Menschewiki *Južnyj Rabočij* spiegelt vermutlich sehr gut die Empfindungen vieler Stadtbewohner in dieser bewegten Zeit wider:

„Wir sind jetzt wie eingeklemmt in einem Schraubstock zwischen dem sozialen Maximalismus der Bolschewiki und dem nationalen Maximalismus der Ukrainer. Aber wir wollen keine Frösche oder Kätzchen für die Laborerfahrungen der Leninschen Sozialrevolution sein, denn diese Erfahrungen führen zum Scheitern der Revolution und zum Stillstand des wirtschaftlichen Lebens. Genauso wenig wollen wir eine gewaltsame Ukrainisierung und leichtfertige, von oben aufgezwungene Selbständigkeit, denn diese Selbständigkeit bedeutet den Zerfall der Russischen Republik, den Zerfall der Einheit des proletarischen Klassenkampfes und unter den jetzigen Bedingungen auch die Verschärfung des Bürgerkrieges.“¹⁴

Die Stadtbevölkerung, die kulturell und sprachlich sehr stark in die russische Mehrheitsgesellschaft integriert war, stand dem territorialen Machtanspruch der Zentralrada auf das Gouvernement Cherson und Odessa ablehnend gegenüber. Selbst bei der kleinen ukrainischen Minderheit besaß die ukrainische Nationalbewegung nur einen sehr schwachen Einfluß. Die Mehrheit der Bewohner Odessas identifizierten sich nicht mit einer selbständigen Ukrainischen Republik innerhalb einer Russischen Föderation und schon gar nicht mit einem unabhängigen ukrainischen Staat. Andererseits genoß aber auch die Partei Lenins, die nach der Petrograder Oktoberrevolution in Rußland die Staatsmacht verkörperte, in Odessa nicht die gleiche Popularität wie in den Hauptstädten und einigen anderen größeren Städten. Das zeigte sich beispielsweise bei den Wahlen für die Konstituante im November 1917, als die Odessaer Bolschewiki in der Stadt nur 19% der

¹⁴ *Južnyj Rabočij*, 21. (3.) Januar 1918, S. 1.

Stimmen erzielten.¹⁵ Weder Petrograd noch Kiev verhiessen einen Weg, der in der Stadtbevölkerung eine mehrheitliche Zustimmung fand. Was den Bewohnern Odessas blieb, war allein die Wahl des geringeren Übels.

Neben der besonderen äußeren Situation Odessas 1917 gab es jedoch noch zwei weitere „innere“ Faktoren, die den Ereignissen des Revolutionsjahrs ein anderes Gesicht verliehen als in den Hauptstädten: Zum einen war dies die besondere soziale und ethnische Zusammensetzung der Stadtbevölkerung.¹⁶ Bei allen spezifischen Besonderheiten der Bevölkerungsstruktur Odessas kann die Stadt als Modellfall für die überwiegend von Nicht-Ukrainern bewohnten größeren Städte der Ukraine und ihre Haltung gegenüber der ukrainischen Autonomie und Staatlichkeit dienen.¹⁷ Stephen Guthier hat darauf hingewiesen, daß die fehlende Basis der Zentralrada in den großen Städten, wo sich industrielle Ressourcen sowie strategisch wichtige Kommunikations- und Transportmöglichkeiten konzentrierten, in bedeutendem Maße zum Scheitern der ukrainischen Staatsgründung beigetragen hat. Seiner Meinung nach war dieser Faktor sogar weit entscheidender als die zu geringe Unterstützung von seiten der ukrainischen Landbevölkerung.¹⁸

Zum anderen wurden die Ereignisse des Revolutionsjahrs 1917 in Odessa aber auch durch besondere lokale Autonomie-Traditionen und eine lokale Identität der Stadtbevölkerung geprägt. Angesichts der ungeklärten Machtfrage zwischen der Ukrainischen Zentralrada und der Petrograder Sowjetregierung konnten sich in Odessa nach der Petrograder Oktoberrevolution Forderungen nach lokaler Autonomie entwickeln, die in der Stadtbevölkerung auf eine breite Anhängerschaft stießen. Sie fanden ihren Ausdruck in

¹⁵ Vgl. *Odesskij Listok*, 16. November 1917, S. 2; *Odesskija Novosti*, 16. November 1917, S. 3; 17. November 1917, S. 3.

¹⁶ Das Beispiel der Stadt Odessa eignet sich aufgrund der heterogenen sozialen und ethnischen Zusammensetzung der Stadtbevölkerung hervorragend, um das komplexe Ineinandergreifen von sozialer und nationaler Revolution 1917 in der Ukraine und die soziale Mobilisierung der Stadtbevölkerung entlang den Grenzen von „Klasse“ und „Nation“ zu untersuchen. Vgl. dazu Penter 1999.

¹⁷ Die vorrevolutionären Städte in der Ukraine waren „verschwindend kleine Inseln im Meer der ukrainischen Bauern“, wie es der Kopf der ukrainischen Regierung Vynnyčenko 1917 formulierte. Nicht nur der Grad der Urbanisierung war vergleichsweise niedrig in der Ukraine, sondern die Ukrainer waren zudem die am wenigsten urbanisierte ethnische Gruppe. Vgl. Guthier 1981, S. 156-179.

¹⁸ Vgl. dazu die Aufsätze von Guthier 1979, S. 30-47 und Ders. 1981, S. 156-179.

den beiden konkurrierenden Konzepten, der Freistadt und der Sowjetrepublik Odessa.

Die „Freistadt Odessa“

Als wirtschaftliches Konzept hatte lokale Autonomie in Odessa eine lange Tradition, denn von 1819 bis 1859 war Odessa eine von zwei im Russischen Imperium existierenden wirtschaftlichen Sonderzonen mit Freihafen gewesen. Das bedeutete, daß ausländische Waren innerhalb des Hafengebietes zollfrei gehandelt werden durften. Andererseits konnten Waren aus dem Inneren Rußlands auch zollfrei nach Odessa gelangen. Zoll wurde nur erhoben, wenn die Waren von Odessa aus weiter exportiert wurden. Der Freihafen hatte einen großen Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung Odessas. Dank ihm konnte Odessa zum bedeutendsten Handelszentrum im Süden der Ukraine aufsteigen und wurde für den Einkauf von Waren zur preiswertesten Stadt des ganzen Imperiums. Der Freihafen brachte es zugleich auch mit sich, daß in Odessa der Schmuggel florierte. Mehrfach ließen die Stadthauptmänner das Territorium des Freihafens verkleinern, um es besser kontrollierbar zu machen, aber die Schmugglerbanden kamen auf immer ausgefalleneren Ideen, um das lukrative Geschäft fortzusetzen.¹⁹ Die Zarenregierung hatte den Freihafenstatus als Instrument eingesetzt, um den ausländischen Seehandel anzuziehen und damit zur wirtschaftlichen Entwicklung der gesamten Region Neurußland beizutragen, die sie Ende der 1850er Jahre als weitgehend abgeschlossen betrachtete. Als der russische Staat Odessa den Sonderstatus 1859 wieder aberkannte, geschah dies in erster Linie vor dem Hintergrund, die Stadt wieder stärker in das Imperium

¹⁹ Vgl. *Odessa. Gorod - aglomeracija - portovo-promyšlennyj kompleks*. 1994, S. 28 und „*Vek*“ *Odesskij istoričeskij Al'bom. 1794-1894*. Odessa 1894, S. 59.

zu integrieren und der Entwicklung Odessas zu einem „Staat im Staate“ ein Ende zu setzen.²⁰

Auch in administrativer Hinsicht besaß Odessa seit Anfang des 19. Jahrhunderts einen Sonderstatus: Odessa war eine Kreisstadt des Gouvernements Cherson, bildete jedoch seit 1803 eine eigenständige Stadthauptmannschaft,²¹ deren Leiter, der Stadthauptmann (*gradonačal'nik*), die gleichen Vollmachten wie ein Gouverneur besaß. Von 1814 bis 1874 war Odessa zudem Sitz eines Generalgouverneurs von Neurußland, dem die drei südlichen Gouvernements Cherson, Taurien und Ekaterinoslav und seit 1828 auch das Gebiet Bessarabien zugeordnet waren. Der Generalgouverneur stand der lokalen und regionalen Verwaltung vor und war seit der Gründung eines eigenen Militärbezirks in Odessa 1862 auch Befehlshaber der Truppen. Er besaß im Unterschied zu den Gouverneuren, die dem Innenministerium unterstanden, einen direkten Kontakt zum Zaren und hatte daher eine besondere Bedeutung für die Entwicklung der Stadt.²²

Die Idee wirtschaftlicher Autonomie wurde in Odessa auch nach 1859 immer wieder aufgegriffen und blieb ein vorrangiges Ziel der Odessaer Wirtschaftseliten.²³ 1913 erstellte der Odessaer Ingenieur V. Žkerle im Auftrag des städtischen Börsenkomitees eine umfangreiche Studie über die Vorteile einer „Freien Bucht“ (*vol'naja gavan'*) in Odessa, die sich in rechtlicher Hinsicht in einigen Punkten vom Freihafen unterschied.²⁴ Während des Ersten Weltkriegs, zu Beginn des Jahres 1916 veröffentlichte das Organ der

²⁰ Vgl. Hausmann, G.: *Universität und städtische Gesellschaft in Odessa, 1865-1917. Soziale und nationale Selbstorganisation an der Peripherie des Zarenreiches*. Stuttgart 1998, S. 56.

²¹ Ende des 18. Jahrhunderts hatte die Zarenregierung zusätzlich zu den Gouvernementsverwaltungen in den Schwarzmeerhafenstädten und am Asovschen Meer „Stadthauptmannschaften“ (*gradonačal'stvo*) eingerichtet. In Odessa war das Amt des Stadthauptmannes von 1802-1837 und von 1852-1917 besetzt, in den Jahren 1837-1852 gab es einen Militärgouverneur. 1917 gab es in ganz Rußland neun Stadthauptmannschaften (Petrograd, Moskau, Rostov, Sevastopol, Nikolaev, Odessa, Baku, Kerč-Enikol und Jalta.) Vgl. dazu GARF, F. 1800, Op. 1, D. 163, Bl. 6 und Hausmann 1998, S. 58-60.

²² Vgl. Hausmann 1998, S. 59.

²³ Zur Tradition der wirtschaftlichen Sonderzone und des „Porto-Franco“ in Odessa vgl. die von der wissenschaftlichen Bibliothek der Universität Odessa herausgegebene thematische Bibliographie: *Svobodnye Ėkonomičeskie zony, Porto-Francko*. Odessa, 1993.

²⁴ Vgl. Žkerle, V.: *Vol'naja Gavan' v Odesse, eja značenie i ustrojstvo (ispravlennoe i dopolnennoe v 1915 g. izdanie truda, predstavennogo v Odesskij birževoj komitet na konkurs 1. janvarja 1913g.)*. Odessa 1915.

Kaufleute- und Unternehmer in Odessa, *Torgovo-Promyšlennyj Jug*, erneut ein Konzept für die Schaffung eines Freihafens, in dem es prognostizierte: „Ein Freihafen in Odessa wird dem vaterländischen Handel und der Industrie kolossalen Nutzen bringen, wenn es gelingt, ihn zum Moment des Kriegsendes einzurichten.“²⁵ Nach der Februarrevolution regte das Odesaer Börsenkomitee die Diskussion über die Schaffung einer „Freien Bucht“ in Odessa dann erneut an. Das Ministerium der Provisorischen Regierung für Handel und Industrie schickte dem Odesaer Börsenkomitee im Mai 1917 sogar einen Gesetzentwurf für die Einrichtung von „Freien Buchten“ in Rußland. Zur Umsetzung der Pläne in Odessa kam es jedoch nicht.²⁶

Als das Freistadt-Konzept im Dezember des Jahres 1917 erneut von den führenden politischen Kräften der Stadt aufgegriffen wurde, geschah dies weniger aus wirtschaftlichen Motiven als vor dem Hintergrund der Ängste vor einer „gewaltsamen Ukrainisierung“ Odessas in einer Ukrainischen Republik. Für die überwiegend nicht-ukrainische Stadtbevölkerung ging es erstmals auch darum, sich als ethnische Minderheit politisch und kulturell in der Ukraine zu behaupten. Nach der Petrograder Oktoberrevolution hatte die Kiever Zentralrada in ihrem III. Universal die Ukrainische Volksrepublik innerhalb einer Russischen Föderation ausgerufen und sich zum Übergangsparlament der Ukraine erklärt. Sie beanspruchte neben den alten fünf Provinzen, die ihr von der Provisorischen Regierung zugestanden worden waren, nun die volle militärische und zivile Macht über das gesamte mehrheitlich von Ukrainern bewohnte Territorium, also auch über die Gouvernements Cherson, Taurien (ohne die Krim), Ekaterinoslav und Char'kov.²⁷ Zur Untermauerung ihrer Autorität postierten die Vertreter der

²⁵ Vgl. *Torgovo-Promyšlennyj Jug*, 1. Februar 1916, S. 7-16. Zu dem konkreten Konzept vgl. *Proekt položennja o vol'noj gavanj v Odesse*, Odessa 1916.

²⁶ Nach dem Gesetzentwurf der Provisorischen Regierung sollten in einer „Freien Bucht“ folgende Operationen ohne Kontrolle der Zollaufsicht zulässig sein: Die Ankunft und Abfahrt von Schiffen des internationalen Seeverkehrs, Be- und Entladung dieser Schiffe, Aufbewahrung der angekommenen Waren in Lagergebäuden und unter offenem Himmel, die Durchführung von Operationen zur Säuberung, Sortierung, Umverpackung und jeder Art von Bearbeitung der Waren. Dagegen sollte die Ein- und Ausfuhr von Waren in die Bucht auf Schiffen des Binnenverkehrs unter der Aufsicht des Zolls erfolgen. Vgl. dazu *Projug*, 31. Mai 1917, S. 3.

²⁷ Vgl. *Malen'kij Odesskij Listok*, 28. Oktober 1917, S. 2. Vgl. zum Originalwortlaut des III. *Universals Ukrain'ska Central'na Rada. Dokumenty i materialy u dvoch tomach*,

Zentralrada in Odessa an allen zentralen und strategisch wichtigen Einrichtungen der Stadt ihre Wachen. Zugleich hatte die Zentralrada auch in der Garnison verstärkt ukrainische Truppen stationiert, die sogenannten Hajdamaken²⁸-Einheiten. Bei der Odessaer Stadtbevölkerung stieß dieser neue territoriale Anspruch der Rada auf großen Widerspruch.²⁹ Zudem erregte das häufig eigenmächtige und willkürliche Operieren der Hajdamakentruppen in Odessa das Mißfallen der Stadtbevölkerung und führte zu Spannungen. Im Dezember 1917 kam es dann zu ersten blutigen Straßenkämpfen zwischen ukrainischen Soldateneinheiten und der Roten Garde Odessas. Dabei kristallisierte sich jedoch bald heraus, daß die Rotgardisten den besser organisierten und ausgestatteten sowie zudem zahlenmäßig überlegenen ukrainischen Soldaten nicht gewachsen waren. Nach dieser militärischen Niederlage gegen die Kräfte der Zentralrada entstanden gleichzeitig in den lokalen Machtorganen der Stadt - dem von den Menschewiki und Sozialrevolutionären dominierten Arbeitersowjet und der im Sommer neugewählten mehrheitlich sozialrevolutionären Stadtduma - Pläne, Odessa zur „Freistadt“ zu erklären als Möglichkeit einer friedlichen Lösung der „Ukrainisierungs“-Frage.³⁰ Das Freistadt-Konzept sollte der Odessaer Stadtbevölkerung das größte Maß an politischer und wirtschaftlicher Entscheidungsgewalt innerhalb der Ukrainischen Republik sichern.

Parallel hatten sich in der Stadtduma und im Arbeitersowjet Sonderkommissionen gebildet, die sich mit der Frage der Selbständigkeit Odessas und der Organisation eines öffentlichen Referendums zu diesem Thema befassen sollten. Den Kommissionsmitgliedern stellte sich vor allem die grundsätzliche Frage, ob Odessa als Freistadt zur ukrainischen oder zur russischen Republik gehören sollte oder gar eine eigenständige staatliche Ein-

Tom 1, Kyiv 1996, S. 398-401. Für die englische Übersetzung vgl. Hunczak, T. (ed.): *The Ukraine, 1917-1921: A Study in Revolution*. Cambridge, Massachusetts 1977, S. 387-391.

²⁸ Der Name knüpft an die ukrainischen Partisanenkämpfer des Kosakenaufstandes gegen Polen im 18. Jahrhundert an.

²⁹ Vgl. *Malen'kij Odesskij Listok*, 28. Oktober 1917, S. 2 und DAOO (Deržavnyj Archiv Odes'koj Oblasti/ Staatsarchiv des Odessaer Gebietes), F. R-3829, Op. 1, D. 126b, Bl. 18-23.

³⁰ Vgl. A. Trilisskij, Organizacija sovetsoj vlasti na Odesščine, in: *Oktjabr' na Odesščine. Sbornik Statej i Vospominanij k 10-letiju Oktjabrja*. Odessa 1927, S. 156-191, hier S. 176-178.

heit innerhalb der Russischen Föderation bilden sollte.³¹ Die Verfassungsentwürfe der beiden Kommissionen in Duma und Sowjet für die Freistadt-Odessa unterschieden sich in einem Punkt maßgeblich voneinander: Während die Sowjets die gesamte Macht an ein Regierungskommissariat übergeben wollten, das sich primär aus Sowjetvertretern zusammensetzen sollte, wollten die Stadtverordneten die dominante Rolle der Duma zuschreiben, die weiterhin den gesamten städtischen Haushalt zu führen hatte.³² Gemeinsam war beiden Entwürfen, daß sie die Frage der Zugehörigkeit Odessas zur Ukraine vorerst noch offen lassen wollten. So entwickelte die Duma-Kommission, unter Leitung des Privatdozenten G. I. Tiktin, zwei Programme, ein maximales und ein minimales, für die Zukunft der Stadt. Das Maximalprogramm sah eine Ausformung Odessas zur staatlichen Einheit vor, die gleichberechtigt mit anderen Staaten in die Russische Föderation eingebunden sein sollte. Als Beispiel für dieses Modell diente die deutsche Stadt Hamburg. Das Minimalprogramm verkörperte dagegen einen Autonomiestatus innerhalb der Ukrainischen Volksrepublik, nach dem Vorbild von Kroatien als autonomem Gebiet in Ungarn.³³ Bei allen theoretischen Überlegungen waren sich die Köpfe des Freistadt-Konzepts bewußt, daß Odessas wirtschaftliches Aufblühen unmittelbar mit den allgemeinen Wirtschaftsbedingungen im ukrainischen Hinterland und dem Wohlwollen der Zentralrada verbunden war.³⁴ Für die Anhänger der Freistadt-Idee war noch ein weiteres Argument von Bedeutung: die plötzliche Konkurrenz zur neuen ukrainischen Hauptstadt Kiev. So argumentierte beispielsweise das Kadettenorgan *Odesskij Listok*: „Odessa als Handelszentrum und Kurort muß eine freie Stadt bleiben, und es wäre gefährlich für ihr Wachstum, sie nur in die zweite Stadt der Ukraine zu verwandeln.“³⁵ Es gab auch vereinzelte Gegner des Freistadt-Konzepts, die seine Realisierbarkeit unter den damaligen Bedingungen anzweifelten und argumentierten, das Vorbild der alten Hansestädte, deren wirtschaftliches Aufblühen primär vom Außenhandel abhing,

³¹ Vgl. *Izvestija Odesskogo S.R.D. i predstavitelej Armii i Flota vom 8. Dezember 1917*, S. 4 und vom 12. Dezember 1917, S. 2 sowie *Kievskaja Mysl'*, 6. Dez. 1917, S. 4.

³² Vgl. *Kievskaja Mysl'*, 30. Dez. 1917, S. 3.

³³ Vgl. *Odesskij Listok*, 23. Dezember 1917, S. 2.

³⁴ Vgl. *Odesskij Listok*, 12. Dezember 1917, S. 3.

³⁵ *Odesskij Listok*, 10. Dezember 1917, S. 2.

sei heute veraltet und auf Odessa nicht übertragbar.³⁶ In Petrograd interpretierte man die Freistadt-Bestrebungen Odessas zugunsten der eigenen politischen Interessen gegenüber der Zentralrada. So kommentierte das Petrograder Organ der Kadetten *Naš Vek*: „Odessa protestiert auf diese Weise gegen die Abtrennung von Rußland zum Zwecke einer Angliederung an die Ukraine.“³⁷

Auf einer gemeinsamen Sitzung der Sowjetpräsidien und Vertretern der Odessaer Rada am 21. Dezember wurde dann eine Resolution verabschiedet, die Odessa vorläufig zur Freistadt erklärte, bis zur „endgültigen Entscheidung der Frage durch die Allrussische und die Allukrainische Konstituierende Versammlung“.³⁸ Der Dualismus in der ukrainisch-russischen Orientierung wurde damit beibehalten. Gleichzeitig bestimmte die Versammlung eine Delegation, die der Zentralrada folgenden Entwurf für die Umsetzung des Freistadt-Status vorlegen sollte:

„Freistadt der Ukraine sollen die Stadt Odessa und die Stadthauptmannschaft sein. Militärische Fragen, die die Stadt betreffen, werden durch das Sekretariat der Stadt entschieden. Die Abteilung für militärische Angelegenheiten ist zuständig für alle Einheiten, die sich in der Stadt aufhalten. Das Stadtsekretariat hat das Recht, Darlehen zu geben und der Bevölkerung Steuern aufzuerlegen. Staatliche Einnahmen gelangen vorerst in die Hände des städtischen Sekretariats, die Restbeträge in die Kasse der Zentralrada. An der Spitze des Bildungswesens soll ein jüdischer Sozialist stehen, da die Juden in der Zahl der Studierenden den größten Prozentsatz stellen.³⁹ Die Universität und andere höhere Bildungseinrichtungen werden von der Zentralrada unterhalten. Ebenso muß sie Fabriken mit gesamtstaatlicher Bedeutung unterhalten. [...] Ebenso muß die Stadt bei Demobilisierung einen Teil des Fronteigentums erhalten.“⁴⁰

Die Frage der Beteiligung der Duma an der neuen Odessaer Regierung war zuerst strittig gewesen. Letztendlich setzte sich dann eine pragmatische Lö-

³⁶ M. K.: *O Vol'nom Gorode*. Odessa 1917, S. 12-13.

³⁷ *Naš Vek*, 6. Dezember 1917, S. 3.

³⁸ Zit. nach Trilisskij 1927, S. 176.

³⁹ Diese Forderung weist Parallelen zum Statut der früheren Stadthauptmannschaft Odessa auf, in der es ebenfalls einen 'učenyj evrej' (gebildeten Juden) gab. Vgl. GARF (Gosudarstvennyj Archiv Rossijskoj Federacii/ Staatsarchiv der Russischen Föderation), F. 1800, Op. 1, D. 163, Bl. 6.

⁴⁰ Zit. nach Trilisskij 1927, S. 176.

sung durch, die Odessa erst einmal provisorisch zur Freistadt erklärte und ein vorläufiges Regierungskommissariat aus zehn Personen, darunter auch zwei Dumaabgeordnete, bestimmte, das bis zur endgültigen Klärung der Frage die Geschicke der Stadt lenken sollte.⁴¹ Offenbar war das Freistadt-Konzept auch ein Versuch, die drei größten ethnischen Gruppen Odessas, Russen, Juden und Ukrainer, solidarisch einzubinden, so verhiess es wenigstens seine neue Sprachenpolitik: Offizielle Sprachen der Odessaer Regierung sollten gleichzeitig russisch, ukrainisch und jiddisch sein.⁴²

Die ukrainische Regierung stand der Autonomisierung Odessas prinzipiell nicht ablehnend gegenüber, solange die neue Odessaer Regierung ihr unmittelbar unterstellt blieb.⁴³ In einem Brief teilte der Chef des ukrainischen Generalsekretariates V. Vynnyčenko den Odessaer Sowjets am 29. Dezember seine Zustimmung zur Schaffung eines Kommissariates „als bevollmächtigte zivile Macht der Stadt Odessa auf dem Territorium der ukrainischen Volksrepublik“ mit und forderte die ernannten Vertreter des Kommissariates auf, eine gemeinsame Kommission mit Mitgliedern des ukrainischen Generalsekretariates ins Leben zu rufen, um die gegenseitigen Beziehungen zu erörtern.⁴⁴ Unstimmigkeiten mit dem Generalsekretariat gab es nur noch in einigen Einzelfragen, wie zum Beispiel der Forderung der ukrainischen Regierung, die offizielle Sprache des Odessaer Kommissariates solle ukrainisch sein.⁴⁵

Das Projekt, Odessa zur Freistadt zu ernennen, wurde sowohl von der Stadtduma als auch vom Arbeitersowjet getragen. Es fand seine Befürworter nicht nur bei den liberalen Kadetten, deren Organ *Odesskij Listok* das Konzept nachhaltig propagierte,⁴⁶ sondern auch bei allen sozialistischen Parteien, einschließlich der Bolschewiki, die in dieser Frage allerdings gespalten waren. Während führende lokale Bolschewiki für eine Zusammenarbeit mit der ukrainischen Zentralrada sowie für eine Beteiligung der

⁴¹ Vgl. Trilisskij 1927, S. 177-178 und DAOO, F. R-3829, Op. 1, D. 86, Bl. 42-43.

⁴² Vgl. *Odesskij Listok*, 24. Dezember 1917, S. 3.

⁴³ Vgl. Trilisskij 1927, S. 177.

⁴⁴ Vgl. DAOO, F. R-3829, Op. 1, D. 100a, Bl. 1.

⁴⁵ Vgl. DAOO, F. R-3829, Op. 1, D. 86, Bl. 42.

⁴⁶ Vgl. dazu *Odesskij Listok*, 8. Dezember 1917, S. 1-2; 6. Dezember 1917, S. 1; 9. Dezember 1917, S. 6 und 23. Dezember 1917, S. 5 sowie *Malen'kij Odesskij Listok*, 24. Dezember 1917, S. 3.

Stadtduma an dem Odessaer Regierungskommissariat eintraten, forderten Emissäre der Petrograder Parteizentrale die Schaffung einer reinen Sowjetregierung in Odessa ohne Beteiligung der Duma und den Bruch mit der „konterrevolutionären“ Zentralrada.⁴⁷

Das Freistadt-Konzept vereinigte somit wirtschaftliche, soziale, ethnische und politische Interessen unterschiedlichster Herkunft. In politischer Hinsicht war es aber ein pragmatisches Konzept, das aus der Position der Schwäche gegenüber der Zentralrada und ihren militärischen Kräften geboren wurde und der Stadt die Möglichkeit bot, sich aus den ukrainisch-russischen Kämpfen herauszuhalten und in Odessa eine weitgehend eigenständige Politik zu betreiben. In einem Konzept lokaler Autonomie konnten plötzlich unterschiedlichste politische Kräfte über alle Barrieren der gesamtpolitischen Entwicklung hinweg zu einem Kompromiß zusammenfinden, selbst wenn dieser im Widerspruch zu den gesamt-russischen Zielen ihrer Parteiorganisationen stand.

Das Entstehen einer „lokalen urbanen Identität“ in der Stadtbevölkerung wurde nicht nur durch die frühere wirtschaftliche und administrative Sonderstellung Odessas im Zarenreich, sondern auch durch den traditionellen Gegensatz zwischen der Stadt- und Landbevölkerung in der Ukraine gefördert. Dieser Gegensatz besaß zugleich eine ethnische sowie eine kulturelle Dimension. Während die Mehrheit der Stadtbevölkerung in der Ukraine 1917 aus Russen und Juden bestand, stellten die Ukrainer 80% der Landbevölkerung dar, aber nur ein Drittel der gesamten Stadtbevölkerung. Insgesamt hatten die Ukrainer in den neun Gouvernements Poltava, Černigov, Char'kov, Kiev, Podolien, Wolhynien, Ekaterinoslav, Cherson und Taurien am Ende des 19. Jahrhunderts einen Anteil von 73% an der Gesamtbevölkerung.⁴⁸ In den größten Städten der Ukraine, Kiev, Odessa, Char'kov und Ekaterinoslav, wo sich Handel, Manufaktur, Transport, Verwaltung, Medien und Bildungseinrichtungen der Region konzentrierten, dominierten von ihrer Bevölkerungszahl die Russen, wie die Tabelle verdeutlicht. Odessa zeichnete sich im Vergleich zu Kiev, Char'kov und Ekaterinoslav durch

⁴⁷ Vgl. DAOO, F. R-3829, Op. 1, D. 86, Bl. 42- 43.

⁴⁸ Vgl. Kappeler, A.: *The Ukrainians of the Russian Empire, 1860-1914*, in: Ders. (ed.), *The Formation of National Elites. Comparative Studies on Governments and Non-dominant Ethnic Groups in Europe, 1850-1940*, Vol. VI. New York 1992, S. 105-131, hier S. 106-110.

einen besonders niedrigen Anteil der Ukrainer (unter 10%) an der Stadtbevölkerung aus.

Die ethnische Zusammensetzung der größten Städte der Ukraine nach Angaben der Volkszählung von 1897:⁴⁹

Stadt	Gesamtbevölkerung	Ukrainer (%)	Russen (%)	Juden (%)
Odessa	403815	9,4	49,1	30,8
Kiev	247723	22,2	54,2	12,1
Char'kov	173989	25,9	63,2	5,7
Ekaterinoslav	112839	15,8	41,8	35,4

In den zwei Jahrzehnten vor der Revolution erfuhren die Städte in der Ukraine zwar noch einmal ein bedeutendes Wachstum, aber das änderte nichts an ihrer ethnischen Zusammensetzung. Der Zustrom ukrainischer Bauern in die Städte blieb gering.⁵⁰

Noch bedeutender als die interethnischen waren die kulturellen Gegensätze zwischen Stadt und Land: Als kultureller Raum prägte Odessa die Erfahrungswelten und Selbstwahrnehmung der Stadtbewohner. Die gemeinsame kulturelle Erfahrung aus dem Leben in der Stadt förderte das Entstehen einer „lokalen urbanen Identität“, die die Stadtbevölkerung über alle ethno-konfessionellen und sozialen Grenzen hinweg verband. Zugleich wurde die Kultur der ukrainischen Landbevölkerung von vielen als etwas Minderwertiges angesehen, von dem man sich abgrenzen wollte. Nicht we-

⁴⁹ Vgl. Guthier 1981, S. 158.

⁵⁰ So war beispielsweise in Kiev, wo sich die Bevölkerung in den Jahren von 1897 bis 1917 beinahe verdoppelte, der Anteil der Ukrainer sogar von 22,2% auf 16,6% gesunken. Für andere Städte liegen Vergleichszahlen zu 1917 leider nicht vor, aber da Kiev vor und während der Revolution von 1917 das Zentrum der ukrainischen Nationalbewegung war, kann wohl davon ausgegangen werden, daß der ukrainische Bevölkerungsanteil hier mindestens genauso hoch gewesen sein muß wie in anderen Städten. Da Kiev zudem in dieser Zeit ein enormes Bevölkerungswachstum erfuhr, scheint die Stadt repräsentativ für das Verhältnis von Urbanisierung und ethnischer Struktur in der Ukraine zu sein. Vgl. dazu die Angaben der Volkszählung in der Stadt Kiev vom September 1917 in: *Statističeskij Bjulleten' po gorodu Kiewu*, Kiev 1918, S. 6-32. Im Gegensatz zur Volkszählung von 1897 erfolgte die ethnische Zuordnung dort nach der eigenen Einschätzung der Befragten, während das Kriterium der Muttersprache sowie der Umgangssprache als weitere Kategorien in die Befragung eingingen.

nige Stadtbewohner Odessas zählten sich insgesamt zum „kultivierteren“ Teil der Bevölkerung, dessen „kulturelle und wirtschaftliche Interessen nicht mit den Bestrebungen des ukrainischen Volkes übereinstimmen“,⁵¹ wie es das Organ der Odessaer Kadetten *Odesskij Listok* 1917 formulierte. Dabei knüpften sich die „Ukrainisierungs-Ängste“ der russischen und akkulturierten nicht-russischen Stadtbewölkerung und das Argument der kulturellen Selbstbehauptung stark an die russische Sprache. Mit der gleichen Feindschaft blickte aber auch die Mehrheit der ukrainischen Bauern auf die Städte, die ihnen in vielfacher Hinsicht „fremd“ erschienen und für sie einen Herd der Repression durch die in der Regel nicht-ukrainischen Vertreter der herrschenden Oberschichten verkörperten.⁵² Diese unterschiedliche politische Orientierung der Stadt- und Landbevölkerung trat bei den Wahlen für die Allrussische Konstituante im November 1917 klar zutage: Während ukrainische Parteien, vor allem die Sozialrevolutionäre, einen breiten Rückhalt in der Landbevölkerung der neun ukrainischen Gouvernements besaßen⁵³, genoß die ukrainische Nationalbewegung in den meisten größeren Städten und Industriezentren der Ukraine nur wenig Sympathien, wie die folgende Tabelle verdeutlicht.⁵⁴

Die Wahlergebnisse für die Allrussische Konstituante in den größten Städten der Ukraine (in Prozent):⁵⁵

⁵¹ *Odesskij Listok*, 17. Dezember 1917, S. 5.

⁵² Vgl. Kappeler 1994, S. 148-156 sowie Krawchenko B., *Social Change and National Consciousness in Twentieth-Century Ukraine*. Basingstoke, London 1985, S. 20ff.

⁵³ Insgesamt erzielten rein ukrainische Listen bei den Wahlen in den neun Gouvernements etwa 50% der Wählerstimmen und gemeinsame Listen aus ukrainischen und nicht-ukrainischen Parteien weitere 15%. Vgl. Radkey, O. H.: *The Election to the All-Russian Constituent Assembly*. 1917, Ithaca, London 1990, S. 149-160.

⁵⁴ Vgl. Kamenetsky 1977, S. 40 und Borys 1977, S. 157-161.

⁵⁵ Alle Angaben beziehen sich ausdrücklich auf die Wahlen innerhalb der Stadtbewölkerung ohne die dazugehörigen Garnisonen. Rechnet man die Wahlergebnisse der Garnisonen hinzu, so steigt der Anteil der ukrainischen Parteien noch einmal um ca. 3-5% nach oben an, da in den Garnisonen zum großen Teil ukrainische Bauern-Soldaten stationiert waren, die ihre Stimme den ukrainischen sozialistischen Parteien gaben. Vgl. Guthier 1981, S. 163.

Stadt	Ukrainische Parteien ^a	Bolschewiki	Kadetten	Andere Listen (über 10%)
Kiew	21	13	12	19 (Russische Wähler)
Odessa	18	19	17	34 (jüdisch nat. Block)
Char'kov	8	23	29	10 (Menschewiki)
Ekaterinoslav	13	27	13	20 (jüdisch nat. Block)
Nikolaev ^b	31	26	14	14 (jüdisch nat. Block)

^a umfaßt alle Listen, an denen ukrainische Parteien teilhatten, einschließlich der Wahlbündnisse aus russischen und ukrainischen SR, die in Odessa und Char'kov gebildet wurden, sowie des Wahlblocks aus Ukrainischen Sozialisten-Föderalisten und russischen Volkssozialisten in Kiev.

^b einschließlich der Garnison

Wäre es der Zentralrada damals gelungen, die gesamte Stadtbevölkerung mit dem Versprechen lokaler Eigenständigkeit auf ihre Seite zu bringen, dann wäre es in Odessa im Januar 1918 vermutlich nicht zu einer „Oktoberrevolution“ und zur Einrichtung einer Sowjetmacht nach Petrograder Vorbild gekommen. Der ukrainisch-russische Dualismus, den das Freistadt-Konzept beinhaltete, war jedoch nur innerhalb einer Föderation mit Rußland möglich. Als diese nicht mehr bestand, nachdem die Zentralrada am 9. Januar 1918 in ihrem vierten Universal die staatliche Unabhängigkeit der Ukraine proklamiert hatte, war dem Projekt die Grundlage entzogen. Hinzu kamen weitere Gründe, die dazu führten, daß die Odessaer Stadtbevölkerung die ukrainische Regierung zunehmend ablehnte und aktiv oder passiv die Petrograder Sowjetregierung unterstützte. Dazu zählten das zunehmend willkürliche und eigenmächtige Auftreten der ukrainischen Soldaten in der Stadt, die Ängste der jüdischen Bevölkerung vor dem „traditionellen Antisemitismus der Hajdamaken“ und die spezifischen wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter der Rüstungs- und Transportbetriebe, die sich eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage nur von einer engeren Anbindung an Sowjetrußland versprachen.⁵⁶ Letztlich war aber auch die im Januar 1918 ins Leben gerufene „Sowjetrepublik Odessa“ nur eine andere Variante des Freistadt-Konzepts.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, daß Odessa nicht die einzige Stadt war, in der es Autonomiebestrebungen dieser Art gab: Das be-

⁵⁶ Vgl. dazu Penter 1999.

nachbarte Nikolaev, das auch einen großen Seehafen besaß, wurde 1917 ebenfalls vorübergehend zur Freistadt erklärt.⁵⁷

Die Sowjetrepublik Odessa

Im Januar 1918 führten die wachsenden Spannungen zwischen den Roten Garden der Stadt und den ukrainischen Soldateneinheiten zu erneuten Kämpfen auf Odessas Straßen. Mit der Unterstützung einiger Kriegsschiffe der Schwarzmeerflotte gelang es den Rotgardisten jedoch diesmal, einen Sieg zu erringen und unter Führung einiger Emissäre der bolschewistischen Parteizentrale eine Sowjetmacht nach Petrograder Vorbild einzurichten. Die Regierungsgeschäfte sollte in Odessa ebenso wie in Petrograd ein «Sowjet der Volkskommissare» übernehmen, der sich fast ausschließlich aus gestandenen Bolschewiki, darunter einigen Abgesandten der Parteizentrale, zusammensetzte.⁵⁸ Formal sollte die neue Sowjetregierung Odessas sowohl den Petrograder Volkskommissaren als auch der ukrainischen Sowjetregierung in Char'kov, die bereits im Dezember 1917 gebildet worden war, untergeordnet sein.⁵⁹ Tatsächlich blieb das Verhältnis zwischen dem Sowjet der Volkskommissare in Odessa und der Sowjetregierung der Ukraine aber weiterhin von der gleichen Konkurrenz geprägt wie schon zuvor die Beziehungen zwischen den bolschewistischen Parteikomitees in Odessa und Kiev. Ihre formale Unterordnung unter die Ukrainische Sowjetregierung hielt die Odessaer Sowjetrepublik nicht davon ab, autonome Machtansprüche zu verfolgen, was sich beispielsweise darin äußerte, daß sie ein eigenes

⁵⁷ Vgl. Mark, A.: Podgotovka Oktjabrja v Nikolaeve. Maj 1917g. - Janvar' 1918g., in: *Letopis' Revoljucii* 5-6 (1927), S. 261-298, hier S. 292.

⁵⁸ Vgl. *Golos Revoljucii*, 30. Januar, 15. Februar und 27. Februar 1918; *Odesskija Novosti*, 1. März 1918; *Malen'kij Odesskij Listok*, 19. Januar 1918; DAOO, F. P-2, Op. 1, D. 143, Bl. 28-29 und RCChIDNI (Rossijskij Centr Chranenija i Izučenija Dokumentov Novejšej Istorii/ Russisches Zentrum zur Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten zur neueren Geschichte), F. 70, Op. 3, D. 60, Bl. 1-38.

⁵⁹ Zur Char'kover Sovietregierung vgl. Pipes 1964, S. 122-123.

Kommissariat für Auswärtige Angelegenheiten unterhielt.⁶⁰ Bis zum März 1918 bildeten sich in der Ukraine die drei unabhängigen Sowjetrepubliken Odessa, Krim and Donec-Krivoi Rog, die gegenseitig um Nahrungsmittel und andere Ressourcen konkurrierten. Die einzelnen Sowjetregierungen fühlten sich bestenfalls gegenüber Petrograd, aber nicht gegenüber der ukrainischen Sowjetregierung, die die oberste politische Autorität über die gesamte Ukraine beanspruchte, verantwortlich.⁶¹ Später kritisierte die Sowjethistoriographie die Autonomiebestrebungen der Sowjetrepubliken. So heißt es in einer Ausgabe zur Odessaer Parteigeschichte von 1964:

„Die Schaffung des Odessaer Sowjets der Volkskommissare sowie der Versuch, Odessa zur Freistadt zu erklären, zeugten von dem Unverständnis einiger lokaler Partei- und Sowjetmitarbeiter gegenüber den Aufgaben der Partei beim Aufbau und der Stärkung des ukrainischen Sowjetstaates.“⁶²

Die Arbeit der ersten Odessaer Sowjetregierung, deren kurze Amtsperiode schon wenige Wochen später durch den Einmarsch deutsch-österreichischer Truppen wieder beendet wurde, gestaltete sich sehr provisorisch und weitgehend unkoordiniert. In Odessa hatte ebenso wie in Petrograd die kleine bolschewistische Führungsspitze die wichtigsten Ämter in Personalunion vereinigt, und so realisierte sich die Politik der Partei unter der Sowjetmacht primär über die eigenen Mitglieder in den Sowjetorganen, während die Arbeit der Parteigremien dahinter fast vollständig zurücktrat.⁶³ Die Zusammenarbeit der einzelnen Kommissare, die nur sehr selten zur Klärung wichtiger Fragen zusammenkamen, ließ stark zu wünschen übrig, wie sich der Vorsitzende des damaligen Sowjets der Volkskommissare, Judovskij, erinnerte:

⁶⁰ Vgl. dazu *Malen'kija Odesskija Novosti*, 26. January 1918, 5; *Malen'kij Odesskij Listok*, 19. January 1918 and DAOO, F. P-2, Op. 1, D. 143, Bl. 28-29.

⁶¹ Vgl. *Bol'shevistskie organizacii Ukrainy: organizacionno-partijnaja dejatel'nost' fevral' 1917 - ijul' 1918. Sbornik dokumentov i materialov* (Ruk. kol. sost. P.L. Vargatjuk), Kiev 1990, 601-604. Nicht nur in der Ukraine sondern auch in Sowjetrußland existierten einige Monate lang mehrere „Sowjets der Volkskommissare“ nebeneinander, die ihre regionale Wirtschaft und Versorgung autonom regelten, sich gegen Einmischung des Zentrums wehrten und manchmal auch abweichende Positionen vertraten. Vgl. Altrichter, H.: *Staat und Revolution in Sowjetrußland 1917-1922/23*. Darmstadt 1996, S. 51-54.

⁶² *Iz istorii Odesskoj partijnoj organizacii*, Odessa 1964, S. 174.

⁶³ Vgl. dazu Altrichter 1996, S. 220-227.

„Ich besaß keine Vorstellung darüber, was die einzelnen Kommissare machten. Ich war vollkommen abgeschottet von ihnen, saß bei mir im Präsidium und beschäftigte mich mit laufenden Arbeiten, wobei ich niemandem Anordnungen erteilte, und es ist zweifelhaft, ob irgend jemand Anleitung nötig hatte und ob irgendeine Führung zu dieser Zeit überhaupt möglich war.“⁶⁴

Es fehlte an verbindlichen Richtlinien und so bearbeiteten die Kommissariate die Anträge der Stadtbevölkerung frei nach dem Gefühl des „eigenen revolutionären Bewußtseins“,⁶⁵ wie sich Južnyj, ein Mitarbeiter des Kommissars für Arbeit erinnerte. Häufig orientierten sich die Erlasse der Odessaer Volkskommissare an den Dekreten ihrer Petrograder Vorbilder, aber das mußte durchaus nicht immer so sein.⁶⁶ So suchte beispielsweise der Finanzkommissar Ruzer in Odessa die Kooperation mit den Privatbankiers, während die Petrograder Sowjetregierung bereits kurz nach dem Oktoberumsturz alle Privatbanken zusammengeschlossen und zu staatlichem Eigentum erklärt hatte.⁶⁷ Später mußte sich Ruzer vor der bolschewistischen Parteizentrale für seine Politik rechtfertigen.⁶⁸ Die Verwaltung des städtischen Haushalts blieb weiter in den Händen des Mitarbeiterstabs der Duma. Obwohl die Duma am 20. Februar offiziell aufgelöst wurde, war ihr technischer Apparat für die Sowjetregierung unverzichtbar. Deshalb sollten alle ihre Angestellten und Mitglieder bis auf weiteres auf ihrem Posten bleiben. Auch der gesamte Versorgungsapparat blieb vollständig der Stadtverwaltung unterstellt.⁶⁹

Wie provisorisch und chaotisch die Arbeit der Odessaer Sowjetregierung auch insgesamt verlief, durch ihre Lage an der Peripherie genoß sie weitgehende Autonomie von der Zentralregierung und betrieb sogar eine nahezu

⁶⁴ RCChIDNI, F. 70, Op. 3, D. 60, Bl. 7.

⁶⁵ RCChIDNI, F. 70, Op. 3, D. 61, Bl. 10.

⁶⁶ Beispielsweise übernahm der Kommissar für Arbeit Starostin die Verordnung der Petrograder Regierung zu den Rechten der Betriebskomitees, zur Organisation eines Pensionsfondes und andere. Vgl. dazu Molot 3 (1918), S. 24-28 und *Izvestija Odesskogo S.R.D. i predstavitelej Armii i Flota*, 25. Januar 1918, S. 2.

⁶⁷ Vgl. Altrichter, H.: *Rußland 1917. Ein Land auf der Suche nach sich selbst*. Paderborn, München, Wien, Zürich 1997, S. 71-73.

⁶⁸ Vgl. RCChIDNI, F. 70, Op. 3, D. 60, S. 17-18.

⁶⁹ Vgl. DAOO, F. R-3829, Op. 1, D. 126b, Bl. 37. In Petrograd hatte sich der Machtwechsel ähnlich vollzogen. Auch dort gingen die neuen Kommissariate zum großen Teil

eigenständige Außenpolitik, als es galt, mit diplomatischen und militärischen Mitteln den sich anbahnenden territorialen Konflikt mit Rumänien zu lösen. Dabei ging es um das schon im Dezember 1917 von den Rumänen besetzte Gebiet Bessarabien. Im Oktober 1917 hatte sich in Bessarabien der „Sfatul Țării“ (Landesrat) als nationales Parlament gebildet und wenig später am 2. Dezember 1917 wurde die Bildung einer „Moldavischen Volksrepublik“ innerhalb einer Russischen Föderation verkündet. Als die zunehmend von den Bolschewiki dominierten Arbeiter- und Soldatenräte der Region den Machtanspruch des Sfatul Țării im Laufe des Dezembers zunehmend in Frage stellten, suchte dieser bei der Rumänischen Regierung und beim Oberkommandierenden der Rumänischen Front Șcerbačev, der Petrograd den Gehorsam aufgekündigt hatte und in den Diensten der Zentralrada stand, um militärische Hilfe nach. Im Januar 1918 ließen die lokalen Bolschewiki das bessarabische Parlament mit Gewalt auflösen, worauf rumänische Truppen Kišinev besetzten.⁷⁰ Die Petrograder Sowjetregierung hatte am 13. Januar 1918 bereits alle diplomatischen Beziehungen abgebrochen und befand sich zum Zeitpunkt des Machtwechsels in Odessa bereits im Kriegszustand mit Rumänien.⁷¹

Unter Leitung einiger Emissäre der Petrograder Parteizentrale, darunter des Leiters der obersten Kommission zur Bekämpfung der Konterrevolution in der Ukraine, Christian Rakovskij,⁷² unterzeichnete der Odessaer Sowjet

in den alten Fachministerien auf, und der größte Teil der Beamtenschaft konnte an seinem Platz bleiben. Vgl. Altrichter 1996, S. 17.

⁷⁰ Vgl. dazu Altrichter 1997, S. 482-486.

⁷¹ Vgl. zu den Vorgängen in Bessarabien Dekterev, L.: Rumčerođ i organizacija Krasnoj Armii, in: *Graždanskaja vojna. Materialy*, T. II, Moskva 1923, S. 7-79, hier S. 42-53 sowie Rjabinin-Skljarevskij: Okkupacija Bessarabii Rumyniej, in: *Letopis' Revoljucii* 1 (1925), S. 97-138.

⁷² Lenin hatte dem Bulgaren Rakovskij die Vollmacht erteilt, in Odessa ein „Oberstes Kollegium für Russisch-Rumänische Angelegenheiten“ zu gründen, das die Beziehungen zu Rumänien klären sollte. Rakovskij vertrat, was Rumänien anging, aber noch sehr viel ehrgeizigere Ziele. Er wollte eigenmächtig die Revolution in Rumänien organisieren, aber sein Vorhaben fand bei der Mehrheit der Odessaer Volkskommissare keine Unterstützung. Vgl. GARF, F. 130, Op. 2, D. 1, Bl. 34-35. Von ukrainischen Historikern wurde Rakovskij, der von 1919 bis 1923 Vorsitzender des Sowjets der Volkskommissare in der Ukraine war, in den letzten Jahren als eine politische Figur, die sich im Rahmen ihres Amtes für die „Freiheit und Unabhängigkeit“ der Ukraine einsetzte, wiederentdeckt. Es entstanden eine Reihe neuer Arbeiten zu seiner Person. Vgl. beispielsweise Mel'ničenko, V.: *Christian Rakovskij. Neizvestnyje stranicy žizni i dejatel'nosti*. Kiev 1992 und Salyga,

der Volkskommissare Ende Februar 1918 einen Friedensvertrag mit Rumänien, dessen Grundlage die Säuberung Bessarabiens von den rumänischen Truppen war. Damit war die Odessaer Sowjetregierung das einzige Organ der Sowjetmacht in der Peripherie, das das Recht besaß, Krieg und Frieden zu erklären, wenngleich sie sich bei ihren Entscheidungen mit den Petrograder Volkskommissaren abstimmte.⁷³

Lenin, der den Konflikt mit Rumänien eigentlich mit militärischen Mitteln entscheiden wollte, hatte Anfang Februar 1918 den Befehlshaber der Roten Armee Michail Artemovič Murav'ev⁷⁴ nach Odessa delegiert, um den „Kampf gegen die rumänische Oligarchie“ voranzutreiben.⁷⁵ Die Soldaten für seine Armee sollte Murav'ev sich in der Odessaer Sowjetrepublik zusammensuchen. Die Ankunft des Feldherrn der Zentrale in Odessa ließ die ersten Interessenskonflikte zwischen der lokalen Bevölkerung der Sowjetrepublik Odessa und der Sowjetregierung in Petrograd offen zutage treten.

Murav'ev, ein Bauernsohn, der im Krieg und in der Revolution eine steile militärische Karriere durchlaufen hatte, galt als grausamer Diktator, der „Feinde der Revolution“ unbarmherzig hinrichten ließ.⁷⁶ Als Murav'ev mit

L.P.: *Ch. G. Rakovskij i problema nacional'no-gosudarstvennogo stroitel'stva na Ukraine. 1918-1923gg.* Kiev 1992.

⁷³ Vgl. DAOO, F. P-2, Op. 1, D. 143, Bl. 21 und GARF, F. 130, Op. 2, D. 494, Bl. 135.

⁷⁴ Unter der Führung des talentierten Feldherrn hatten die Sowjettruppen am 26. Januar 1918 Kiev eingenommen. Offiziell verkündete die Petrograder Sowjetregierung damals jedoch, daß Kiev von Truppen unter dem Kommando von Ju. M. Kocjubinskij eingenommen worden sei. Dahinter stand die Überlegung, daß es politisch sinnvoller sei, den bekannten ukrainischen Schriftsteller Kocjubinskij zum „Aushängeschild“ der neuen Macht in Kiev zu machen. Kocjubinskij wurde zum militärischen Sekretär der ukrainischen Sowjetrepublik ernannt. Als Murav'ev daraufhin ein Protestschreiben an Lenin richtete und drohte, sich der ukrainischen Sowjetregierung nicht unterzuordnen, versuchte Lenin einen Kompromiß herbeizuführen, indem er Murav'ev als Oberkommandierenden an die Rumänische Front schickte. Vgl. dazu Škljaev, I.N.: „Bonapart“ *Rossijskoj Revoljucii*. Odessa 1995 (unveröffentlichtes Manuskript).

⁷⁵ Vgl. Lenin, V.I.: *Polnoe Sobranie Sočinenij*, 5. Auflage, 55 Bde., Moskva 1958-, Bd. 50, S. 365.

⁷⁶ Im Mai 1918 mußte sich Murav'ev vor einem Sowjetgericht für seine „konterrevolutionäre Tätigkeit“ verantworten. Unter den Anklagepunkten waren die Verantwortung für den Tod von 200-300 Menschen, Verschleuderung von Geldern und die Nichtunterordnung unter die Sowjetmacht. Außerdem gab man dem Oberkommandierenden die Schuld an den Auflösungserscheinungen in seiner Armee, die er „in eine Bande von Erschießungskommandos und Räubern“ verwandelt habe. Vgl. zum Prozeß der Sowjetmacht gegen Murav'ev GARF, F. 1029, Op. 1, D. 20, Bl. 10.

einigen wenigen Rotgardisteneinheiten in Odessa eintraf, beanspruchte er dort die Vollmachten eines „Alleinherrschers“. Gleich bei seiner Ankunft in der Stadt hatte er vor Vertretern der Odessaer Sowjetregierung erklärt, daß er nun die oberste Macht verkörpere und allen, die nicht willens seien, dies zu akzeptieren, mit Erschießung gedroht.⁷⁷ Unterstützt von einigen Rotgardisten und Matrosen baute Murav'ev sein willkürliches Terrorregime in Odessa auf. Die Stadt geriet zunehmend in die Hände seiner Einheiten, die den „Kampf gegen die Konterrevolution“ nach ihren eigenen Regeln führten. Sie entwaffneten die Miliz und die Roten Garden der Stadt und beteiligten sich an Überfällen und Requisitionen. Der Zeitzeuge Dekterev erinnerte sich: „Lynchjustiz war eine gewöhnliche Erscheinung und zusammen mit ihr auch alle möglichen Exzesse, die aus dem falschen Verständnis der revolutionären Pflicht und der revolutionären Disziplin und noch mehr aus der falschen Organisation der Versorgung resultierten: Diese Einheiten versorgten sich selbst.“⁷⁸

Das zügellose Auftreten von Murav'evs Anhängern rief den Protest vieler Arbeiter hervor, die mit Demonstrationen und bewaffneten Auftritten drohten.⁷⁹ Hatte die Odessaer Sowjetregierung bereits vor der Ankunft Murav'evs die Unterstützung der Massen verloren, weil sie deren wirtschaftliche Erwartungen nicht erfüllen konnte, so trug die Anreise des Diktators aus Petrograd dazu bei, das Bild der Sowjetmacht in der Bevölkerung endgültig zu diskreditieren. Hauptsächlich konzentrierte Murav'ev seine Aktivitäten allerdings auf die Front und auf die Mobilisierung von Streitkräften gegen die rumänische und die deutsch-österreichische Armee. Bei öffentlichen Ansprachen drohte er den Stadtbewohnern, daß er dem Feind nur Schutt und Asche hinterlassen wolle, wenn die Stadt mangels Verteidigung aufgegeben werden müsse.⁸⁰ Angesichts der zunehmenden Auflösung der alten Armee stand die Sowjetmacht vor der Aufgabe, durch die Mobilisierung der Stadtbevölkerung eine neue Armee aufzubauen. Ihr Versuch, per Erlaß alle Arbeiter zum Dienst in der Roten Armee zu verpflichten, stieß in der Arbeiterschaft allerdings auf wenig Sympathien.⁸¹ Nicht einmal 500

⁷⁷ Vgl. RCChIDNI, F. 70, Op. 3, D. 61, Bl. 4, 16.

⁷⁸ Dekterev, Rumčerod 1923, S. 64.

⁷⁹ Vgl. DAOO, F. P-2, Op. 1, D. 143, Bl. 69-71.

⁸⁰ Vgl. *Malen'kija Odesskija Novosti*, 20. (7.) Februar 1918, S. 4.

⁸¹ Vgl. DAOO, F. P-2, Op. 1, D. 143, Bl. 48ff.

Soldaten konnten mobilisiert werden, und damit war natürlich an eine Verteidigung Odessas nicht zu denken.⁸² Beim Einmarsch der Deutschen erlebten die Odessaer Sowjetkommissare dann eine weitere böse Enttäuschung. Nicht nur ihr Aufruf zur Mobilisierung blieb von der Stadtbevölkerung ungehört. Judovskij erinnerte sich: „Unsere Herzen schlugen höher, als wir eine riesige Menschenmenge sahen, die zu den Sammelpunkten strebte. Dann stellte sich heraus, daß die Mobilisierung sich in eine Demonstration gegen uns selbst umkehrte, so daß wir sogar die Maschinengewehre aufstellen mußten.“⁸³

Die deutschsprachige Zeitung *Odessaer Rundschau* kommentierte:

„Statt sich auf den Sammelpätzen einzufinden, um sich willig und geduldig in das vielgepriesene revolutionäre Heer einreihen zu lassen, zog die vieltausendköpfige Volksmasse mit weißen Fahnen durch die Straßen und schrie: Weg mit den Räten! Weg mit dem Krieg! Es lebe der Friede! Daß auf dem ‘Kulikowoje-Pole’ auf die Arbeitermasse geschossen wurde und es Tote und Verwundete gab, konnte der Bewegung keinen Einhalt gebieten.“⁸⁴

Die Kommissare der Odessaer Sowjetregierung waren unter den ersten, die beim Einmarsch der deutsch-österreichischen Truppen auf Schiffen der Schwarzmeerflotte die Stadt verließen.⁸⁵ Zuvor hatten sie mit den deutschen Besatzern eine kampflose Übergabe der Stadt vereinbart.⁸⁶ Bei seinem Rückzug aus der Stadt hatte Murav’ev den Militärschiffen den Befehl erteilt, „mit der gesamten verfügbaren Artillerie das Feuer auf die bourgeoisen und aristokratischen Teile der Stadt zu eröffnen“.⁸⁷ Einzig das Gebäude des Stadttheaters sollte unversehrt bleiben. Der Befehl wurde jedoch von den Streitkräften verweigert. Über alle Maßen enttäuscht von der Haltung der Odessaer Stadtbevölkerung telegraphierte der selbsternannte Diktator an den Sowjet der Volkskommissare in Petrograd:

⁸² Vgl. ebenda, Bl. 49-50.

⁸³ RCChIDNI, F. 70, Op. 3, D. 60, Bl. 14.

⁸⁴ *Odessaer Rundschau*, 2. (15.) März 1918, S. 2.

⁸⁵ Vgl. GARF, F. 1235, Op. 79, D. 10, Bl. 107-108.

⁸⁶ Vgl. dazu *Odessaer Rundschau*, 2. (15.) März 1918, S. 2 und DAOO, F. P-2, Op. 1, D. 143, Bl. 69-71.

⁸⁷ Zit. nach Jakir, I.: Desjat’ let tomu nazad, in: *Letopis’ Revoljucii* 2 (1928), S. 7-24, hier S. 15.

„Der Grund für die Aufgabe Odessas ist der offensichtliche Aufstand der Mehrheit der Arbeiter Odessas gegen die Sowjetmacht, die fast keinen Rotgardisten für den Kampf weder gegen die rumänische Oligarchie noch gegen die Österreicher und Deutschen gegeben haben. Nur das Messer, das der Revolution und insbesondere der Armee von einem Teil der Arbeiter in den Rücken gestoßen wurde, zwang die sowjetischen Truppen, das Feld zu räumen...“⁸⁸

Nicht zuletzt kam in der Verweigerung der Stadtbevölkerung auch der neue Konflikt zwischen den lokalen Interessen und den Zielen der Zentralregierung in Petrograd zum Ausdruck. Von der Sowjethistoriographie wurde das Ende der Sowjetrepublik Odessa dagegen ausschließlich auf die Überlegenheit der imperialistischen Kräfte zurückgeführt, während das Problem der innenpolitischen Schwäche der Sowjetregierung ignoriert oder verfälscht wurde: So liest man in den einschlägigen Werken von „Tausenden Freiwilligen“, die sich für den Kampf gegen rumänische und deutsch-österreichische Truppen meldeten und von blutigen Kämpfen, bei denen die Sowjettruppen unterlagen.⁸⁹

Unbestritten wurde die kaum zwei Monate währende Amtszeit der ersten Odessaer Sowjetregierung in erster Linie durch äußere Faktoren in Form der deutsch-österreichischen Invasion beendet. Dennoch konnten die Volkskommissare bei ihrem Auszug aus Odessa nicht die Augen davor verschließen, daß sie nahezu keinen Rückhalt mehr bei der Stadtbevölkerung besaßen. So schnell, wie sie die Sympathien der Unterschichten bei den Kämpfen gegen die Zentralrada gewannen, hatten sie sie auch wieder verloren, als sich herausstellte, daß auch die Sowjetmacht es nicht schaffte, die dringenden Versorgungs- und sozialen Probleme der Stadt in den Griff zu bekommen. Die Ein-Mann-Herrschaft der einzelnen Volkskommissare bestand nur solange, wie ihre Losungen bei den Unterschichten auf offene Ohren stießen und in wirtschaftlicher Hinsicht „bessere Zeiten“ verhiessen. Mit unpopulären Parolen wie der erneuten militärischen Mobilmachung verspielte die Sowjetmacht ihre anfänglichen Sympathien schnell wieder. Ein weiterer Grund für den Vertrauensverlust der Sowjetregierung in der Stadtbevöl-

⁸⁸ GARF, F. 130, Op. 2, D. 572, Bl. 47-48.

⁸⁹ Vgl. beispielsweise *Istorija Gorodov i Sel' Ukrainskoj SSR (v dvacati šesti tomach)*. Odesskaja Oblast', Kiev 1978, S. 35-36, 119.

kerung war ihr Versagen bei der Wiederherstellung der Ordnung und wirksamen Bekämpfung der wachsenden Kriminalität. Tatsächlich waren für die Odessaer Kriminellen nach dem Machtwechsel „paradiesische Zeiten“ angebrochen, und die Stadt verwandelte sich immer mehr in einen „rechtsfreien Raum“. Am hellen Tage wurden Läden ausgeraubt, und die Zahl der Überfälle und Diebstähle stieg noch weiter an.⁹⁰ So war die kurze Regierungszeit der Sowjetmacht letztlich eine Phase der vollkommenen Anarchie und Machtlosigkeit.

Zusammenfassung

Das Beispiel Odessas im Revolutionsjahr 1917 zeigt, daß den politischen Akteuren fernab der Hauptstädte und angesichts der ungeklärten Machtfrage zwischen Petrograd und Kiev bei der Gestaltung der lokalen Politik sehr viele Freiräume blieben. Die „Sowjetrepublik“ und die „Freistadt“ Odessa waren 1917/18 zwei unterschiedliche „Varianten“ des gleichen Konzepts lokaler Autonomie, das innerhalb der Stadtbevölkerung sehr viele Anhänger besaß. Beide basierten zum einen auf der freien Gestaltung der Politik und Wirtschaft in der Stadt und zum anderen auf der Abgrenzung von der Masse der ukrainischen Landbevölkerung, die Odessa umgab. Sie waren Ausdruck einer lokalen Identität, die andere Identitäten, wie politische, soziale oder ethnokonfessionelle überlagerte. Der Unterschied zwischen beiden Konzepten bestand vor allem in ihrer jeweiligen politischen Orientierung nach Kiev oder Petrograd: Während die „Freistadt“ eine Kooperation mit der Zentralrada einschloß, basierte die „Sowjetrepublik“ auf einer klaren Orientierung nach Petrograd und einer Nichtanerkennung des Machtanspruchs der Zentralrada.

In der historischen Forschung ist der „lokale Faktor“ im Zusammenhang mit der Revolution von 1917 bisher noch kaum wahrgenommen worden. Während sich die Historiker eingehend mit der Suche nach sozialen und

⁹⁰ Vgl. DAOO, F. P-2, Op. 1, D. 1370, Bl. 1-11.

zunehmend auch nach nationalen Identitäten beschäftigt haben, wurde die Bedeutung lokaler und regionaler Identitäten in der Ukraine und in ganz Rußland bisher noch kaum untersucht.⁹¹ Weitere Forschungsarbeiten zum Revolutionsjahr 1917 in der Provinz sind daher dringend erforderlich, um die bestehenden weißen Flecken zu füllen. Insbesondere für die Ukraine bietet sich diese Fragestellung angesichts der unterschiedlichen historischen Entwicklung der Regionen geradezu an.

⁹¹ Die bisher einzige neuere westliche Arbeit, die sich mit der gesellschaftlichen Entwicklung in einer Region der Ukraine während der Revolution von 1917 beschäftigt, ist die zweibändige Darstellung von Friedgut 1989/ 1994 über die Arbeitersiedlung Juzovka im Donbass.

